

# Was ist der Politik der Erhalt der Fähre wert?

## Wirtschaftsausschuss des Stadtrats fordert Oberbürgermeister Uwe Santjer zum Handeln auf

Von Thomas Sassen

**CUXHAVEN/BRUNSBÜTTEL.** Mit einem möglichen Ende der Fährverbindung Cuxhaven-Brunsbüttel will sich der Rat der Stadt Cuxhaven nicht abfinden. Die Mitglieder des Verkehrsausschusses beauftragten am Mittwoch mit einem einstimmigen Beschluss Oberbürgermeister Uwe Santjer (SPD), alles Notwendige dafür zu tun, dass die Fährverbindung erhalten bleibt.

Der Insolvenzantrag der Betreibergesellschaft Elbferry GmbH sei ein Alarmsignal, er biete aber auch die große Chance zur Weiterführung der Linie mit einer anderen Gesellschafterstruktur. Der Vorschlag des Insolvenzverwalters Berend Böhme für einen runden Tisch sollte durch die Städte Cuxhaven und Brunsbüttel aufgegriffen und unterstützt werden, so der Antrag der Gruppe aus SPD, Grünen und Linken sowie der Fraktion der Cuxhavener, der auch von der CDU und der FDP-

Fraktion gleichermaßen mitgetragen wird.

In der Begründung erinnerte Gruppensprecher Gunnar Wegener (SPD) an einen Beschluss vom 7. Dezember 2017, in dem der Rat die volkswirtschaftliche und regionalpolitische Bedeutung der Fährlinie betont und für eine Fortführung plädiert hatte, nachdem damals die Vorgängergesellschaft Elblink Konkurs angemeldet hatte. Um jetzt eine dauerhafte Absicherung der Fährlinie zu ermöglichen, müssten möglicherweise auch ungewöhnliche Wege angedacht werden, so Wegener in seiner Begründung. So könnte die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft für den Bau oder Kauf geeigneter Fährschiffe in Betracht gezogen werden, die den Fährbetrieb ausschreibt und dauerhaft finanziell absichert.

Beatrice Lohmann mahnte im Ausschuss allerdings, realistisch zu bleiben. Angesichts der schwierigen Haushaltslage könne

die Stadt kaum Mittel für einen Fährbetrieb ausgeben. Gefordert seien jetzt neben den Ländern und Kommunen insbesondere die Bundestagsabgeordneten aus der Region Daniel Schneider (SPD), Enak Ferlemann (CDU) und Stefan Wenzel (Die Grünen).

### Teil der Infrastruktur

Sie sollten sich beim Bund für den Erhalt der Linie einsetzen und dafür Sorge tragen, dass die Verbindung über die Elbe den Status wie eine Straßenverbindung erhält. In vielen anderen Ländern, wie zum Beispiel Kanada, den USA, Norwegen oder Neuseeland kümmert sich der Staat um etliche Fährlinien, die zur Verkehrsinfrastruktur der Länder gezählt werden. Das hat eine Untersuchung ergeben, die Caroline Kasper in Abstimmung mit der SPD-Fraktion erarbeitet hatte. Der Titel: „Fährbetrieb und Wandel in der Fährtechnologie – Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern“. Da-

rin wurden auch die möglichen Antriebssysteme beleuchtet.

Die „Greenferry I“ mit ihrem LNG-Antrieb (basierend auf Flüssiggas) gilt als besonders umweltfreundlich, weil beim Betrieb deutlich weniger Schadstoffe anfallen als bei einer dieselbetriebenen Fähre. Der derzeit hohe Gaspreis hat den Betrieb zunehmend unwirtschaftlich gemacht. Darauf hatte Hinrich Ahlers in einem Pressegespräch zusammen mit dem Insolvenzverwalter hingewiesen. Der Preis für LNG sei verglichen mit März dieses Jahres, als die Linie den Betrieb aufgenommen hatte, um das Fünffache gestiegen.

Während aus der Politik Solidaritätsbekundungen aus allen Lagern kommen, reagieren die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen ablehnend bis abwartend, wenn es um die Frage möglicher Finanzhilfen für die Elbferry GmbH geht. Schleswig-Holsteins Wirtschafts-

minister hat Subventionen rundweg abgelehnt, aus dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium war auf eine Anfrage zu hören, dass man zunächst einmal die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Betriebes prüfen müsse. Dabei gehe es in erster Linie um die Frage, ob die vom Betreiber in der Konzeption angepeilten Lkw-Transporte auch tatsächlich erreicht werden können. Auf dem Transport von Lkw basierte die Wirtschaftlichkeitsberechnung der Elbferry-Gesellschafter.

### Zukunftskonzept erarbeiten

Der Insolvenzverwalter Berend Böhme aus Bremen hatte angekündigt, die Entscheider möglichst schnell an einen runden Tisch zu holen, um über ein tragfähiges Zukunftskonzept für die Fährlinie zu sprechen. Dabei, so Böhme wörtlich, müssten die Politiker dann beweisen, was ihnen der Erhalt der Linie tatsächlich wert ist.